Zum Internationalen Tag zur Beendigung von Gewalt an Sexarbeiter*innen am 17.12.2025

Landesweites Projekt „SELMA – Sensibilisierung & Empowerment für Menschen in der Prostitution“ fordert: Der Stigmatisierung von Prostituierten/Sexarbeiter*innen muss entschieden entgegengetreten werden

Stuttgart/Tübingen/Reutlingen – 15.12. Zahlreiche Studien zeigen: Prostituierte/ Sexarbeiter*innen weltweit sind in hohem Maß Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Die Gewalt ist dabei vielfältig. Sie kann direkt, also physisch, psychisch oder sexuell sein, wird jedoch stets strukturell hervorgebracht: Durch die Stigmatisierung von Prostituierten/Sexarbeiter*innen auf gesellschaftlicher und behördlicher Ebene. Wer stigmatisiert wird, wird anders behandelt und oft ausgeschlossen. Das kann zu gewaltvollen Übergriffen von Freiern, aber auch zu schlechteren Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt führen. Für Betroffene bedeutet Stigmatisierung vor allem eins: negative, teils gravierende Auswirkungen. Ein Ende der Stigmatisierung ist daher unbedingt erforderlich.

Anna, Sexarbeiterin aus Baden-Württemberg: Meine Kolleg*innen, die Gewalt erleben, gehen selten zur Polizei. Sie haben Angst davor, dass sie dort nicht ernstgenommen werden.

Brigitte Ströbele, Geschäftsführerin Aidshilfe Tübingen-Reutlingen: Gewalt in der Sexarbeit ist weitverbreitet. Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeiter*innen sicher tätig sein können. Grundlegend für den Abbau der Gewalt ist ein gesellschaftliches Umdenken. Dafür braucht es unter anderem Fachberatungsstellen, die sensibilisieren und den Abbau von Vorurteilen vorantreiben.

Christiane Bernhardt, Öffentlichkeitsarbeit & Sensibilisierung SELMA, Werkstatt PARITÄT: Prostituierte/Sexarbeiter*innen werden meist nicht nur angegriffen, weil sie der Prostitution/Sexarbeit nachgehen, sondern auch bspw. aufgrund ihrer Geschlechtsidentität (insbesondere Frauen und trans Menschen), ihrer Nationalität oder ihres Migrationsstatus. Das heißt: Die Gewalt in der Prostitution/Sexarbeit ist immer auch ein Spiegel der Gewalt in der Gesellschaft.

Riccarda Freitag, Sozialarbeiterin Beratungsstelle PROUT, Aidshilfe Tübingen-Reutlingen: Einige unserer Klient*innen sind von psychischer oder körperlicher Gewalt betroffen. Bei PROUT sind wir für sie da, wir beraten und begleiten. Zusätzlich sind alle unsere Klient*innen mit einer unsichtbaren Gewalt konfrontiert: Jedes Teilen

ihrer Tätigkeit mit anderen birgt für sie ein Risiko. Von abschätzigen Blicken und verächtlichen Kommentaren bis hin zu schwerwiegenden Folgen für die/den Klient*in selbst und deren/dessen Familie. Beispielsweise, wenn Job, Kita-Platz oder Wohnraum verwehrt bleiben.

Das Projekt SELMA

Das überregionale Kooperationsprojekt SELMA wird von der Aidshilfe Tübingen-Reutlingen e.V. (Beratungsstelle PROUT) sowie Arkade e.V. (Beratungsstelle MISA) in Ravensburg und Friedrichshafen gemeinsam mit der Werkstatt PARITÄT gGmbH umgesetzt. Im Mittelpunkt des Projekts steht die niedrigschwellige Verweisberatung von Menschen in der Prostitution/Sexarbeit an weitere Stellen des Hilfesystems. Die zweite Säule von SELMA ist die Sensibilisierung von (künftigen) Fachkräften und der interessierten Öffentlichkeit. Zur Förderung einer Stigma-sensiblen Haltung gegenüber von Menschen in der Sexarbeit und Prostitution werden im Rahmen des Projekts Fortbildungen und Veranstaltungen angeboten. **(Weitere Informationen zum Projekt SELMA sowie eine Zwischenbilanz des Projekts können Sie dem Faktensheet entnehmen.)**

Pressekontakt:

Werkstatt PARITÄT

Christiane Bernhardt
Tel: 0049 1514 61 45 185
E-Mail: bernhardt@werkstatt-paritaet-bw.de

Beratungsstelle PROUT

Riccarda Freitag
Tel: 0049 1522 871 65 42
E-Mail: riccarda.freitag@prout-rt.de

Das Projekt „SELMA – Sensibilisierung und Empowerment für Menschen in der Prostitution“ wird im Rahmen des Programms „EhAP Plus – Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

Gefördert durch:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Kofinanziert von der Europäischen Union